Dorothée Menzner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Berliner Büro:
MdB Dorothée Menzner
Jakob-Kaiser-Haus, Raum 2.804
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 73 167
Telefax (030) 227 76 166
E-Mail dorothee.menzner@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
MdB Dorothée Menzner
Laagbergstraße 65
38440 Wolfsburg
Telefon
Telefax
E-Mail

Dorothée Menzner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

35,0. Konferenz der Informatikfachschaften
c/o Fachschaft Mathematik/Informatik
Universität Karlsruhe (TH)

76128 Karlsruhe

Berlin, 16. Juli 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. Mai. Leider komme ich erst heute zu einer Antwort. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag teilt die Kritik der Konferenz der Informatikfachschaften voll und ganz. Sie schätzen sehr richtig ein, dass Grund- und Freiheitsrechte immer stärker unter Beschuss genommen werden. Die prominentesten Beispiele dafür haben Sie selbst aufgeführt. DIE LINKE hat all diese so genannten Sicherheitsgesetze abgelehnt und nutzt auch weiterhin alle zur Verfügung stehenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten, um Grund- und Freiheitsrechte davor zu schützen, dass sie der Terrorismusbekämpfung geopfert werden.

Die Große Koalition setzt fort, was die rot-grüne Koalition mit Innenminister Otto Schily angefangen hat: Den Umbau des demokratischen Rechtsstaates zu einem präventive Überwachungsstaat. DIE LINKE wird sich gegen diese Strategie stellen, denn wenn es der Staat ist, der die Grundrechte abbaut, spielt er selbst den Terroristen in die Hände, die Feinde freiheitlicher und demokratischer Gesellschaften sind.

Ihre Initiative, sich an Bundestagsabgeordnete zu wenden und auf die Pflicht zum Schutze des Grundgesetzes hinzuweisen, finde ich sehr begrüßenswert. Ich hoffe, dass Sie möglichst viele Abgeordnete angeschrieben haben, denn der Hinweis auf diese Pflicht ist nötig: Der Innenminister, der eigentlich auch der Verfassungsminister ist, hat die Grundrechte zu seiner Verfügungsmasse erklärt. Das Schema ist dabei immer das gleiche. Zunächst wird ein offensichtlich grundgesetzwidriges Gesetz verabschiedet oder wie im Falle der Online-Durchsuchung ein Instrument ganz ohne Rechtsgrundlage angewandt, bis das Bundesverfassungsgericht einschreitet. Dann wird die rechtswidrige Praxis vorläufig beendet, um kurz darauf eine Grundgesetzänderung anzustreben und elementares Recht zu ändern. So hat der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion angekündigt, dass die Union dem Urteil zum großen Lauschangriff durch eine Gesetzesänderung begegnen will, um das Instrument künftig wieder anwenden zu können. Innenminister Schäuble plant eine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Inland, um das Karlsruher Urteil dazu zu umgehen. Auf der anderen Seite setzt die Bundesregierung eine verhängnisvolle Salamitaktik ein. Das Beispiel der Mautdaten, das Sie ansprechen, ist ein gutes Beispiel. Ein anderes ist die Kontostammdatenauskunft, die ursprünglich dazu gut sei sollte, die Geldquellen terroristischer Netzwerke trocken zu legen. Inzwischen dient dieses Instrument dazu, Hartz-IV-Empfänger zu jagen oder nach BAFÖG-Empfängern zu fahnden, die eventuell 27,50 Euro zu viel Leistung kassieren.

..2

Dorothée Menzner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wie Sie selbst analysieren, sind die Grundrechte in Gefahr. Ich wünsche Ihrer Initiative allen denkbaren Erfolg und kann Ihnen zusagen, dass Sie mit der LINKEN im Bundestag eine parlamentarische Unterstützung Ihres Anliegens haben. Wichtig ist aber auch, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, um deren Grundrechte es ja schließlich geht, aufbegehren, dass sie ihren Protest gegen die Politik des Grundrechteabbaus artikulieren und öffentlich machen. Ich hoffe daher, dass sich möglichst viele Ihrer Initiative anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

D. Menzner

MdB Dorothée Menzner